

Beschluss WP8.3. Geflüchtete menschenwürdig behandeln.

Gremium: LDK
Beschlussdatum: 05.06.2021
Tagesordnungspunkt: WP8. Wir öffnen unsere Gesellschaft für alle!

Text

- 1 Wir setzen uns für die Aufnahme von Geflüchteten und die Durchführung von
- 2 Asylverfahren in unserem Bundesland ein. Wir wollen Asylsuchenden unabhängig von
- 3 ihrer „Bleibeperspektive“ eine faire und menschenwürdige Unterbringung und
- 4 Behandlung garantieren, bis über ihr Ersuchen endgültig entschieden ist.
- 5
- 6 In Mecklenburg-Vorpommern haben sich schon viele Kommunen zu „Sicheren Häfen“
- 7 erklärt. Wir haben hier die Möglichkeit, Menschen, die auf der Flucht sind,
- 8 Perspektiven für ein freies, selbstbestimmtes Leben in Sicherheit zu bieten.
- 9 Hotspots an den Außengrenzen nach dem Muster griechischer Insellager lehnen wir
- 10 entschieden ab.
- 11 Eine gemeinsame, europäische Flüchtlingspolitik muss sich an den Grundsätzen des
- 12 humanitären Völkerrechts messen lassen. In den Mitentscheidungsgremien wie im
- 13 Ausschuss der Regionen, im Bundesrat und in der Europaministerkonferenz werden
- 14 wir darauf achten und drängen. Wir BÜNDNISGRÜNEN setzen uns dafür ein, dass die
- 15 Europäische Union eine echte Wertegemeinschaft der Demokratie, Pluralität und
- 16 der universalen Menschenrechte wird.

17 Für eine menschenwürdige Unterbringung und faire Behandlung Geflüchteter werden
18 wir:

- 19 • den Unterbringungszeitraum in Gemeinschaftsunterkünften reduzieren und
20 Geflüchteten dezentrales Wohnen ermöglichen.
- 21 • die Erstaufnahmeeinrichtung in Nostorf-Horst schließen.
- 22 • landesweit eine behördenunabhängige Asylverfahrensberatung ermöglichen.
- 23 • der Härtefallkommission verbindliche Entscheidungen ohne
24 Staatssekretärsvorbehalt ermöglichen.
- 25 • Asylsuchenden und Geduldeten den Erhalt einer Krankenkassenkarte
26 ermöglichen.
- 27 • regelmäßig Landesaufnahmeprogramme auflegen, um Menschen aus
28 Krisengebieten und bedrohlichen Notlagen aufzunehmen.
- 29 • für besonders Schutzbedürftige, alleinreisende Frauen, LSBTIQ und
30 gefährdete Minderheiten besondere Einrichtungen und Rückzugsmöglichkeiten
31 schaffen.
- 32 • Gewaltschutz in Gemeinschaftsunterkünften nach den Bundesvorgaben
33 verpflichtend machen, auskömmlich finanzieren und extern evaluieren.
- 34 • die Gemeinschaftsunterkünfte-Verordnung (GuVo) überarbeiten. Die
35 bisherigen 6 m² die Geflüchteten zur Verfügung stehen sind zu wenig für
36 eine menschenwürdige Unterbringung.
- 37 • allen Kindern im schulpflichtigen Alter unabhängig vom Unterbringungsort
38 den Unterrichtsbesuch von Beginn an ermöglichen.
- 39 • Abschiebungen grundsätzlich vermeiden, Nachtabschiebungen sowie Abholungen
40 aus der KiTa, der Schule oder vom Ausbildungsplatz und andere
41 erniedrigende Vorgehensweisen ausschließen.
- 42 • keine Abschiebungen zulassen, die Familien auseinanderreißen.
- 43 • flächendeckend eine behördenunabhängige Rückkehrberatung anbieten.
- 44 • ein Kooperationsprojekt "Wege ins Bleiberecht" für langjährig in M-V
45 Geduldete auflegen, welches Behörden dazu verpflichtet, Perspektiven
46 aufzuzeigen und Ermessensspielräume zugunsten der Betroffenen ausulegen.
- 47 • Opfern rassistischer Gewalttaten ein Bleiberecht geben.
- 48 • ein ergänzendes Sprachkursangebot für Geflüchtete fördern.
- 49 • Flüchtlingsarbeit in Nichtregierungsorganisationen (NGOs) institutionell
50 fördern und NGOs den Zugang zu Aufnahmeeinrichtungen grundsätzlich
51 ermöglichen.